



Klassenkampf mit Klimaaufkleber

Mit ihrer Erbschaftssteuerinitiative betreiben die Juso und die SP billigen Populismus mit dem Feindbild der Superreichen. Es geht ihnen nicht um den Standort, sondern um den eigenen Wähleranteil. Von Christina Neuhaus

Irgendwie hatten sich die Jungsozialisten die Superreichen anders vorgestellt: unsympathische Oligarchen, die sich abends in ihren Geldspeichern das Gold auf den Kopf prasseln lassen wie Dagobert Duck.

Doch in der Schweiz haben die meisten Superreichen einen Namen und einen Vornamen. Oder wie es der Lausanner Volkswirtschaftsprofessor Marius Brühlart formuliert: «Betroffen von der Erbschaftssteuerinitiative wären primär die 300 Familien, die es jährlich in die Reichsten-Liste der «Bilanz» schaffen. Das sind Familien mit Vermögen über 100 Millionen.» Die «oberen zehntausend» sind in der Schweiz ein paar hundert Personen, etwa 0,1 Promille aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, und viele – wenn auch nicht alle – sind engagierte Unternehmer.

Einer von ihnen ist Peter Spuhler. Als die Jungsozialisten ihre Initiative lancierten, hatten sie sich gerade von ihrer Macho-Vergangenheit verabschiedet. Wo sich früher eitle Bärte wie der heutige SP-Co-Chef Cédric Wermuth in Che-Guevara-Pose inszenierten, regierte nun Empfindsamkeit. An Sitzungen mussten sich alle Mitglieder mit ihren Pronen vorstellen, und an Versammlungen hatte ein Schutzraum zur Verfügung zu stehen. Es könnte ja sein, dass sich jemand unwohl fühlt und sich zurückziehen muss.

Für Peter Spuhler und seine Familie gilt diese Rücksichtnahme nicht. Die Juso-Präsidentin Mirjam Hostetmann sagte über ihn: «Es wird Zeit, dass steuerkriminelle Familienclans wie der von Spuhler nach den Regeln des Gesetzes spielen müssen. Wir dürfen uns nicht in Geiselhaft nehmen lassen. Die Profiteur*innen der Klimakrise sollen zahlen.»

Immerhin hat sich Hostetmann später bei Spuhler für diese Ungeheuerlichkeit entschuldigt. Doch der Ton war gesetzt. Vermögende Unternehmer und ihre Familien werden in der Abstimmungsdebatte verbal kriminalisiert und als nimmersatte Ressourcenfresser bezeichnet. In der Debatten-

Wie viele Vermögende sind gar nicht erst in die Schweiz gezogen, weil sie fürchten müssen, vom Staat enteignet zu werden?

sendung «Arena» von SRF sagte Mirjam Hostetmann kürzlich: «Rich Kids, die in Gstaad an der Privatschule sind und golfen lernen», sollten für die Klimaschäden zahlen, die sie durch ihren verschwenderischen Lebensstil verursachen.

Der Mechanismus der Initiative funktioniert so: Wer mehr als 50 Millionen Franken vererbt oder verschenkt, soll eine Steuer von 50 Prozent zahlen. Die Einnahmen müssen für den Klimaschutz verwendet werden. Deshalb heisst das Volksbegehren, über das die Stimmberichtigten am 30. November abstimmen, offiziell: «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft).»

Die Umfragen zeigen, dass die Initiative an der Urne keine Chance haben dürfte. Aber sie hat bereits beträchtlichen Schaden angerichtet: Peter Spuhler, der früh drohte, das Land zu verlassen, ist geblieben. Doch wie viele Vermögende sind gar nicht erst in die Schweiz gezogen, weil sie fürchten müssen, vom Staat enteignet zu werden? Denn die Initiative ist mit einer fiesen Klausel versehen. Wird sie angenommen, soll sie nach dem Willen der Initianten vom ersten Tag an gültig sein. Kein Superreicher soll die Möglichkeit haben, sein Vermögen im Ausland in Sicherheit zu bringen.

Private Equity für Sozialisten

Es sagt einiges über die Schweiz und den Rechtsstaat aus, dass der Bundesrat und das Parlament der Versuchung widerstanden haben, das Volksbegehren deswegen für teilungsgültig erklären zu lassen – dies mit Verweis auf die Bundesverfassung und die geltende Praxis. Volksrechte sind in diesem Land ein hohes Gut – das gilt auch für unausgegorene Spinnereien des sozialistischen Nachwuchses.

Doch der Entscheid ist eine Hypothek. Auch wenn die Erbschaftssteuerinitiative der Juso am 30. November deutlich abgelehnt werden dürfte, hat sie eine heimtückische politische Vorwirkung

entfaltet. Sie beweist, wie schnell die Rechtssicherheit mit den Mitteln der direkten Demokratie unterminiert werden kann. Der Bundesrat kann bei kommenden Begehren nicht plötzlich strengere Regeln anwenden. Die Hürden für eine Teilungsgültigkeitserklärung sind gesetzt. Wenn es der Landesregierung und dem Parlament nicht gelingt, bald grundsätzlich zu klären, wie weit das Initiativrecht gehen soll, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die nächste wilde Schnapsidee mit einer Rückwirkung versehen und für gültig erklärt wird.

Immerhin hat der Bundesrat das Volksbegehren abgedämpft: Sollte es angenommen werden und ein Erblasser am 30. November sterben, müssen seine Erben die enorme Steuerforderung bezahlen. Wer den Abstimmungstag überlebt, hat aber Zeit, zu reagieren und sein Vermögen in Sicherheit zu bringen. Im Fall von Steuervermeidung greift der neue Satz erst, wenn die Bestimmungen zur Umsetzung der Initiative in Kraft sind, was spätestens drei Jahre nach einem Ja der Fall sein muss. Im Klartext bedeutet das: Wird die Initiative angenommen, packen die besten Steuerzahler ihre Koffer. Nach Berechnungen von Marius Brühlart könnten bis zu 93 Prozent des betroffenen Vermögens aus der Schweiz gebracht werden.

Mittlerweile haben die Befürworter selber bemerkt, dass es dem Land wenig bringt, wenn es seine besten Steuerzahler enteignet. Um zu vermeiden, dass der politische Böller des Nachwuchses als Knallfrosch endet, hat sich die SP-Fraktionspitze deshalb überlegt, wie die Initiative «unternehmerfreudlich» umgesetzt werden könnte. Superreiche, schlagen die etablierten Sozialdemokraten vor, könnten ihre Erbschaftssteuer auch durch Klimaschutzprojekte oder Sachleistungen (Firmenanteile, Immobilien) begleichen oder sie in Raten abstotern. Zudem sollten Erben, statt die Steuer zu bezahlen, Anteile am Unternehmen an einen Staatsfonds übertragen können, der sie verwaltet und später verkaufen kann. Private Equity für Sozialisten.

Die Jusoifizierung der SP

Der Vorschlag der Mutterpartei zeigt nicht nur, wie wenig die SP von Wirtschaft versteht, er zeigt vor allem auch, wie weit die Jusoifizierung der stolzen alten Partei mittlerweile fortgeschritten ist. Obwohl sie mit zwei Bundesräten in der Landesregierung vertreten ist, spielt sie mit den Jungsozialisten Sandkastenspielchen. Immerhin zeigt der Schweizerische Gewerkschaftsbund unter Pierre-Yves Maillard noch einen Rest politischen Sachverständigen: Er hat Stimmfreiabgabe beschlossen.

Eine Diskussion über die Höhe der Erbschaftssteuer ist legitim. In der Schweiz haben die Kantone die Steuer in den vergangenen Jahren stetig gesenkt. Sogar Peter Spuhler sagt, dass er gegen eine moderate Erhöhung der Erbschaftssteuer nichts hätte, wenn im Gegenzug die Vermögenssteuer gesenkt würde. Denn grosszügige Erbschaften senken Arbeitsanreize, und in der Schweiz wurde noch nie so viel Vermögen vererbt wie heute. Doch um eine ernsthafte politische Debatte geht es den Initianten gar nicht. Ihre Saat ist wieder einmal aufgegangen: Nicht mehr die bürgerlichen Parteien und die Verbände prägen die Debatte in der Wirtschaftspolitik, sondern die radikale Linke. Die Kreise, die das Geld verdienen, das die Sozialisten dann ausgeben wollen, sollen zu Getriebenen werden und nur noch reagieren können.

Die Enteignungsinitiative der Juso ist purer Populismus. Davon zeugt schon die gezielte Verwendung des Begriffs Superreiche. Damit soll die Botschaft verbreitet werden, dass der Planet von einer egoistischen Elite ausgebeutet werde: Die Reichen bereichern sich auf Kosten der Armen, deshalb sollen sie nun blechen. Doch das ist Unsinn: Die Reichen wurden in den vergangenen Jahrzehnten zwar tatsächlich reicher, davon profitieren aber auch der Mittelstand und die Armen. Die globale Wirtschaftsleistung pro Kopf hat sich seit 1950 teuerungsbereinigt mehr als vierfacht. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Weltbevölkerung, der unterhalb der Grenze zur extremen Armut lebt, von 60 auf 10 Prozent.

In der Schweiz ist die soziale Mobilität ausgesprochen hoch. Laut einer Luzerner Studie erklärt der familiäre Hintergrund lediglich 15 Prozent der totalen Einkommensunterschiede. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass 85 Prozent des eigenen Einkommens auf ausserhalb der Familie liegende Faktoren zurückzuführen sind. Dazu zählen die eigenen Fähigkeiten, der eigene Einsatz und auch eine Portion Glück. Zum Vergleich: In Deutschland beträgt der Anteil des familiären Effekts 43 Prozent, in den USA 49 Prozent und selbst in dem als besonders durchlässig geltenden Dänemark 20 Prozent.

Solche Faktoren blenden die Jung- und Altsozialisten in der SP vorsätzlich aus. Das wirtschaftliche Erfolgsmodell der Schweiz ist ihnen egal, ihnen geht es nur um die Botschaft. Je mehr Menschen Unternehmertum mit oligarchischem Schmarotzertum gleichsetzen und im Staat eine moralische Supermacht sehen, desto besser für den Wähleranteil.

Immerhin hat sich die Allianz der wirtschaftspolitisch Vernünftigen dieses Mal nicht spalten lassen. Das Parlament machte kurzen Prozess und verwies das Begehren ohne Gegenvorschlag an die Urne, wo es hoffentlich haushoch scheitert.